

CSU-Europawahlprogramm 2009

Beschluss des CSU-Parteiausschusses vom 9. Mai 2009

Bayern liegt im Herzen Europas. Bayerns Zukunft liegt in Europa. Denn jede Entscheidung in Europa betrifft unser Land und unsere Heimat unmittelbar. Alles, was in der Europäischen Union entschieden wird, hat konkrete Auswirkungen auf das Leben der Menschen in unserer Heimat. Deshalb wollen wir die EU kraftvoll mitgestalten.

Die CSU hat Europa im Blick und Bayern im Herzen. Die europäische Integration gewährleistet den Menschen in Bayern Frieden und Freiheit in Sicherheit und Wohlstand. Das ist ein großer historischer Erfolg. Die Christlich-Soziale Union hat den europäischen Einigungsprozess von Anfang an aktiv mitgestaltet und ist stolz auf diese Leistungen: die Versöhnung der Völker nach dem Krieg, die Gründung der Europäischen Gemeinschaften, die Entwicklung des gemeinsamen Binnenmarktes, die europäische Währung, der deutsche und europäische Beitrag zur nordatlantischen Sicherheitsgemeinschaft und zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die Befreiung Mittel- und Osteuropas vom Sowjetkommunismus, die Wiedervereinigung der Deutschen und die Überwindung der Teilung ganz Europas. Wir sind stolz darauf, dass wir ein Europa mitgestaltet haben, in dem die Menschen grenzenlos reisen und in dem sie ihren Ausbildungs- und Arbeitsplatz frei wählen können. Was wir in den vergangenen sechzig Jahren in Europa gemeinschaftlich erreicht haben, ist nicht selbstverständlich und es gilt, diesen Weg konsequent fortzusetzen.

Wir stehen heute vor enormen neuen Herausforderungen: Wir müssen die größte weltweite Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten bewältigen. Wir brauchen Schutz vor Terrorismus und Sicherheit vor organisierter Kriminalität. Wir wollen unseren Wohlstand und unsere Soziale Marktwirtschaft bewahren. Auf diese Fragen müssen wir auch europäische Antworten finden: Kein EU-Mitgliedstaat kann diese Herausforderungen alleine meistern. Globale Probleme erfordern einen europäischen und internationalen Ordnungsrahmen. Nur eine reformierte und handlungsfähige EU kann die Interessen der EU-Mitgliedstaaten in der Welt vertreten und durchsetzen. **Wir brauchen deshalb mehr Europa im Großen und weniger Europa im Kleinen.**

Die CSU steht für ein Europa, dem die Menschen vertrauen können und das seiner Verantwortung in der Welt gerecht wird. **Die CSU steht aber auch für ein Europa, das seine Grenzen kennt - in seinen Zuständigkeiten, in finanzieller Hinsicht und in seiner räumlichen Ausdehnung.**

Die Menschen erleben Europa heute im Alltag nicht selten als bürokratisch, sachfremd, intransparent und bürgerfern. **Wir wollen kein bürokratisches und zentralistisches Europa und keine Politik der Gleichmacherei in ganz Europa.** Nicht jedes Problem in Europa ist eine

Aufgabe für Europa. Wir wollen, dass sich Europa vor allem auf die Probleme konzentriert, die Regionen und Staaten in einer sich wandelnden Welt nicht allein lösen können. **Wir wollen ein Europa, das den Menschen nützt und sie schützt.**

Europa muss sich klar zu den Werten des Christentums und der Aufklärung bekennen und aus ihnen leben. Diese Werte verpflichten uns zur Verteidigung der unantastbaren Menschenwürde, zur Verwirklichung der universalen Menschenrechte, zur Stärkung von Ehe und Familie sowie zum Schutz des menschlichen Lebens von der Zeugung bis zum natürlichen Tod. Diese gemeinsamen Wurzeln setzen zugleich klare Grenzen für die Erweiterungsfähigkeit Europas. Europa muss die kulturellen Besonderheiten seiner starken Regionen achten und schützen und den Menschen dadurch Heimat bewahren.

Die CSU steht für ein starkes Bayern in Europa.

1. Für ein bürgernahes und demokratisches Europa

Europäische Regelungen wirken sich immer stärker auf das Leben der Menschen aus. Sie fordern deshalb mehr Mitsprache in Europa und wollen stärker in europäische Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Darum fordern wir mehr Demokratie für Europa.

Wir wollen die Bürger bei wichtigen Fragen zu Europas Zukunft mit Volksabstimmungen stärker in die Entscheidung einbeziehen. Dies soll gelten, wenn wichtige Zuständigkeiten von den Mitgliedstaaten auf Europa übertragen werden oder wenn die europäische Familie um weitere Mitgliedstaaten erweitert werden soll. Bayern ist Vorbild in Sachen direkter Demokratie – auf Landesebene und auf kommunaler Ebene. Diese direkten Mitwirkungsmöglichkeiten haben sich in Bayern seit Jahrzehnten bewährt. Sie tragen maßgeblich dazu bei, dass sich die Menschen mit politischen Entscheidungen wirklich identifizieren. Es ist Aufgabe der Politik, politische Entscheidungen gut zu begründen und dadurch die Zustimmung der Menschen zu notwendigen wichtigen Veränderungen und deren Vertrauen zu erarbeiten.

Wir fordern, dass das Europäische Parlament als einzige direkt vom Volk gewählte EU-Institution alle grundsätzlichen Fragen der EU mitentscheidet. Nur, wenn wir das Europäische Parlament umfassend stärken, schaffen wir mehr Transparenz und Demokratie. Ein starkes Europäisches Parlament verhindert, dass Bürokraten hinter verschlossenen Türen unverständliche Entscheidungen fällen – wie das Verbot von Glühbirnen oder Vorgaben zum

Salzgehalt im Brot oder zur Mindestgröße von Güllegruben. Solche Entscheidungen der Bürokratie müssen künftig demokratisch kontrolliert werden.

Wir wollen, dass das Europäische Parlament künftig an einem Ort tagt und das Recht erhält, selbst über seinen Sitz zu entscheiden.

Wir wollen auch bei Europawahlen Direktwahlkreise einführen, damit die Bürger unmittelbaren Einfluss auf die Wahl der Kandidaten haben. Wir verbessern dadurch die Verankerung der Europaabgeordneten vor Ort und geben europäischer Politik ein Gesicht. Europäische Politik rückt dadurch näher an die Menschen heran. Unser Ziel ist, die gefühlte Distanz zwischen der Politik und den Menschen zu verringern.

Wir verlangen eine deutlich stärkere Beteiligung von Bundestag und Bundesrat bei der europäischen Gesetzgebung. Bei allen Gesetzgebungsvorhaben auf europäischer Ebene müssen Bundestag und Bundesrat zwingend angehört werden. Die Bundesregierung muss in der Europapolitik eng mit Bundestag und Bundesrat zusammenarbeiten und ihr Vorgehen im EU-Ministerrat mit ihnen hinreichend abstimmen. Stellungnahmen des deutschen Bundestages und gegebenenfalls des Bundesrates in EU-Angelegenheiten müssen für die Bundesregierung grundsätzlich verbindlich sein. Soweit Länderkompetenzen berührt sind, müssen die Landtage in die europäische Gesetzgebung miteinbezogen werden.

2. Für ein Europa der Regionen mit klaren Zuständigkeiten

Wir fordern, dass weniger Entscheidungen zentralistisch in Brüssel getroffen werden, sondern vor Ort in einem starken Europa der Regionen. Wir wollen keinen europäischen Superstaat. Wir wollen die Spielräume vor Ort in Kommunen und Regionen erhalten. Brüssel darf sich nicht in alles einmischen, was auf bundes-, landes- oder kommunalpolitischer Ebene ausreichend oder besser geregelt werden kann. Als Subsidiaritätsprinzip ist dies – vor allem ein Verdienst der CSU – fest in den vertraglichen Grundlagen der EU verankert. Dieses Prinzip darf keine Worthülse bleiben, sondern muss auch durch die konkrete Ausgestaltung von EU-Entscheidungen vor Ort mit Leben erfüllt werden.

Wir verlangen klare Zuständigkeitsgrenzen für Europa. Die Europäische Union muss sich auf Wesentliches und Notwendiges konzentrieren. Damit sich die Europäische Union nur um wirkliche europäische Fragestellung kümmert, bedarf es einer klaren Kompetenzabgrenzung. „Weniger, aber besser“ – nach diesem Motto soll die Europäische Union nur dort aktiv

werden, wo sie eine eindeutige rechtliche Zuständigkeit besitzt. Wir vertrauen darauf, dass das Bundesverfassungsgericht streng überprüft, ob sich die EU an die geltende Verteilung der Zuständigkeiten gehalten hat.

Wir wollen die verfassungsrechtlich garantierte Selbstverwaltung der Kommunen auch gegenüber der EU verteidigen und die kommunale Daseinsvorsorge stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass die Daseinsvorsorge im Interesse unserer Bürger von der politischen Ebene wahrgenommen wird, die dafür den größten Sachverstand besitzt und am meisten davon betroffen ist – nämlich von unseren Kommunen. Unsere Gemeinden, Städte und Landkreise müssen eigenverantwortlich entscheiden können, wie sie ihre Aufgaben erledigen. Ihr Handlungs- und Entscheidungsspielraum darf nicht durch Vorgaben aus Europa unverhältnismäßig eingeengt werden. Bei der Trinkwasserversorgung hat Bayern erreicht, dass die Kommission von einer Zwangsprivatisierung vorerst Abstand genommen hat. Wir werden solche Pläne auch künftig verhindern. Man kann nicht jeden Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung den Wettbewerbsregeln des gemeinsamen Marktes unterwerfen.

Wir werden die Versorgung des ländlichen Raums mit schneller Internet-Verbindung weiter ausbauen. Eine schnelle Internetverbindung ist im 21. Jahrhundert Teil der Daseinsvorsorge und eine grundlegende Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums. Wir wollen, dass die EU uns nicht einengt, wenn wir die Kommunen bei der Einrichtung schneller Internetverbindungen finanziell unterstützen.

Wir treten für den Erhalt und die Stärkung des deutschen Drei-Säulen-Banken-Modells mit unseren Sparkassen und Genossenschaftsbanken in Europa ein. Unsere Sparkassen und Genossenschaftsbanken sind fester Bestandteil der Daseinsvorsorge. Gerade jetzt in der Krise wird deutlich, dass sich das deutsche Modell als verlässlicher Partner von Anlegern und Mittelstand bewährt hat. Deshalb gilt: Finger weg von unseren Sparkassen!

Wir fordern weniger Bürokratie in Europa und einen grundsätzlichen Bürokratiecheck für europäische Entscheidungen. Bürokratische Vorgaben der EU müssen auf ein Minimum beschränkt werden. Wir müssen Bürokratie verhindern, bevor sie entsteht. Wir wollen, dass Mittelstand und freie Berufe nicht durch überzogene europäische Regelungen weiter eingeschränkt werden. Bestehende Richtlinien und Verordnungen Europas müssen auf den Bürokratie-Prüfstand gestellt und falls erforderlich verändert oder ganz abgeschafft werden. Das gilt vor allem für Statistik- und Berichtspflichten für den Mittelstand. Die EU-Expertengruppe zum Bürokratieabbau leistet hier wertvolle Pionierarbeit. Wenn die Europäische Kommission inzwischen wesentliche Schritte zum Bürokratieabbau ankündigt, dann ist das auch ein ers-

ter Erfolg unserer bayerischen Politik. Dem müssen weitere Schritte zum Bürokratieabbau folgen. Gerade in der aktuellen Wirtschaftskrise darf es keine zusätzlichen Belastungen für Wirtschaft und Arbeitsplätze geben.

Wir wollen über Grund und Boden selbst entscheiden. Hier verfügen wir über ausreichende oder bessere Regelungen als die meisten anderen EU-Länder. Wir lehnen deshalb eine Bodenschutzrichtlinie mit neuen bürokratischen Vorgaben ab.

3. Für ein Europa mit stabilem Euro und geregelten Finanzmärkten

Europa muss in der Wirtschafts- und Finanzkrise entschlossen handeln. Wir brauchen ein starkes Europa mit einer gemeinsamen Antwort auf die aktuellen Herausforderungen in Europa und der Welt.

Wir treten für eine europaweite Verschärfung der Aufsichtsregeln für alle Finanzdienstleister ein. Die schwere Krise an den Finanzmärkten hat gezeigt, wie schnell sich eine falsche Marktentwicklung in einem Land weltweit auswirken kann und wie sehr die weltweite Vernetzung der Finanzmärkte vorangeschritten ist. Wenn die Europäische Union geschlossen handelt, kann sie die Führungsrolle für die Neuordnung der Finanzmärkte nach unserem bewährten Modell übernehmen. Europa darf die nun erforderlichen Entscheidungen nicht den USA und den anderen Wirtschaftsräumen überlassen. Wir wollen die Werte der Freiheit, aber auch der Verantwortung als Grundprinzipien des internationalen Finanzmarktes durchsetzen. Es muss klar sein, nach welchen Kriterien Rating-Agenturen arbeiten und bewerten. Mehr Transparenz ist auch auf den internationalen Finanzmärkten nötig. Neues Vertrauen ist nur möglich, wenn auch die Akteure der Finanzbranche für Fehlentscheidungen zur Verantwortung gezogen werden. Wir wollen einen neuen, transparenteren Rahmen für Europas Finanzmärkte und eine wirksame Zusammenarbeit der nationalen Bankenaufsichten im Rahmen der Europäischen Zentralbank.

Wir fordern, dass Europa die Tätigkeit von Managern angesichts der weltweit vernetzten Finanzmärkte strenger reglementiert. Manager müssen für ihr Tun einstehen und Verantwortung übernehmen. Ihre Bezahlung soll sich statt am kurzfristigen Börsengewinn am langfristigen Unternehmenserfolg orientieren.

Wir treten dafür ein, dass auch in der Krise die Stabilität des Euros gewahrt bleibt und lehnen eine Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ab. Bürgernähe erreicht man

nur mit Vertrauen. Ein Beispiel dafür ist der Stabilitäts- und Wachstumspakt, den die CSU gegen viele Widerstände durchgesetzt hat. Nur durch ihn ist der Euro zu einer verlässlichen und stabilen Weltwährung geworden. Wir werden den Stabilitäts- und Wachstumspakt auch in Zukunft verteidigen. Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank garantiert die Stabilität des Euros.

Wir lehnen deshalb politisch motivierte Beitritte zur Eurozone ohne strikte Einhaltung der Konvergenzkriterien ab. Deutschland darf nicht von Mitgliedstaaten mit finanziellen Schwierigkeiten in Mithaftung genommen werden. Nach den Regeln des EU-Vertrags müssen solche Länder ihre Finanzierungsprobleme selbst lösen. Soweit erforderlich muss Hilfe für solche Staaten unter strengen Auflagen im internationalen Rahmen, zum Beispiel durch den Internationalen Währungsfonds, erbracht werden. Die Politik der CSU war von Anfang an der Stabilität unserer Währung verpflichtet, zuerst der D-Mark und später dem Euro. Die Sicherheit der Ersparnisse unserer Bürger hat für uns oberste Priorität. Gemeinsame Euro-Staatsanleihen würden die Finanzierungskosten Deutschlands wesentlich erhöhen und zu Mehrbelastungen für den deutschen Steuerzahler in Milliardenhöhe führen. Auch Kreditvergaben durch Mitgliedstaaten mit soliderer Haushalts- und Wirtschaftslage kommen nicht in Betracht. Angesichts des möglichen finanziellen Mittelbedarfs von Staaten mit existenziellen Schwierigkeiten wäre die Leistungsfähigkeit Deutschlands überfordert.

4. Für ein Europa der Sozialen Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft zählt zu den gemeinsamen Grundwerten, auf denen die Europäische Union gegründet ist. Nur die Soziale Marktwirtschaft gibt die richtigen Antworten auf die Herausforderungen der globalen Wirtschaftskrise und das Scheitern von Sozialismus und Spekulationskapitalismus. Beide haben Wohlstand gefährdet und Arbeitsplätze vernichtet. Nur eine eindeutige Ausrichtung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sichert wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und gewährleistet gleichzeitig den notwendigen sozialen Ausgleich. Gerade in Zeiten der wirtschaftlichen Krise müssen die politischen Maßnahmen Vorrang haben, die Arbeitsplätze sichern und neue schaffen. Die Europäische Union muss Impulse für ein gesundes Wirtschaftswachstum geben.

Wir treten dafür ein, dass die Soziale Marktwirtschaft als das Wirtschaftsmodell Bayerns und Deutschlands mit einem starken und innovativen Mittelstand, einer praxisorientierten dualen Ausbildung und einem ausgeprägten sozialen Frieden mit einer stabilen Sozialpartnerschaft zum Leitmodell für die gesamte EU wird. Es hat sich krisenfester als die Mo-

delle erwiesen, die einseitig auf den Finanz- und Dienstleistungssektor gesetzt haben. Im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik muss der Mensch stehen.

Wir setzen uns für einen niedrigeren Mehrwertsteuersatz für arbeitsintensive Dienstleistungen (zum Beispiel im Hotel- und Gaststättengewerbe) ein. Bayern profitiert aufgrund seiner zentralen Lage in ganz besonderem Maße von der wirtschaftlichen Integration Europas. Ein starker Mittelstand und starke freie Berufe sind das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft. Sie sind nach wie vor Garant für sichere Arbeitsplätze. Wir müssen ihnen innerhalb Europas faire steuerliche Rahmenbedingungen schaffen.

Wir lehnen eine vorzeitige Öffnung unseres Arbeitsmarktes für Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedstaaten der EU ab. Ein stark exportorientiertes Land wie Bayern ist auf offene Märkte in der Europäischen Union und in der Welt angewiesen. Wir müssen jedoch in der Krise auf aktuelle Risiken reagieren und Arbeitsplätze in Bayern wirksam schützen.

Wir wollen, dass die Rechte und der notwendige Schutz der Arbeitnehmer, die mit ihrer Arbeit die Grundlagen unseres Wohlstandes erwirtschaften, gewährleistet bleiben. Die europäische Politik schafft in ihrem Zuständigkeitsbereich einen sozialen Rahmen und liefert hierdurch eine wichtige Antwort auf die Globalisierung. Die EU bietet den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Schutz und sorgt für faire Arbeitsbedingungen. Eine generelle europäische Zuständigkeit in der Sozialpolitik lehnen wir jedoch ab, da die soziale Absicherung in den EU-Mitgliedstaaten äußerst unterschiedlich ist. Eine europäische Zentralisierung in der Sozialpolitik würde zwangsläufig zu Lasten unserer im europäischen Vergleich hervorragenden deutschen sozialen Sicherungssysteme gehen. Gemeinsame europäische Sozialkassen lehnen wir aus diesem Grund ebenfalls ab.

Wir stehen für die Gleichberechtigung aller Bürger und sprechen uns klar gegen jede Form der Diskriminierung aus. Weiteren Antidiskriminierungsvorgaben der EU erteilen wir jedoch eine klare Absage.

Wir wollen entschlossen und auf allen Ebenen das in Europa nach wie vor zwischen Männern und Frauen bestehende inakzeptable Lohngefälle bekämpfen. Zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit gehört für uns auch eine moderne Gleichstellungspolitik. Hierzu bedarf es aber keiner neuen Regeln aus Brüssel.

Wir wollen die Qualifikation junger Menschen im europäischen Kontext auf nationaler und regionaler Ebene weiter verbessern. Deshalb werden wir im Rahmen der Jugendaustausch-

und Bildungsprogramme dafür sorgen, dass möglichst vielen jungen Menschen die Chance gegeben wird, im europäischen Ausland zusätzliche Qualifikationen zu erwerben. Eine Einmischung in die Bildungshoheit Bayerns lehnen wir jedoch ab. Bildung bleibt Ländersache. Im Wettbewerb der Bildungssysteme Europas wollen wir Bayerns Spitzenstellung weiter ausbauen.

Wir setzen uns dafür ein, die europaweite Anerkennung von Bildungsabschlüssen weiter zu vereinfachen. Der beruflichen Bildung muss im vereinigten Europa ein gleichrangiger Stellenwert zukommen, wie dies in Bayern der Fall ist.

Wir wollen das hohe Schutzniveau der Bürger im Verbraucherschutz erhalten und stärken. Wir setzen auf gemeinsame Regeln im europäischen Binnenmarkt nach dem Leitbild des mündigen Verbrauchers. Diese dürfen aber nicht zu einer überbordenden Bürokratie führen, die dem Verbraucher nicht nützt.

5. Für ein Europa mit Haushaltsdisziplin und Beitragsgerechtigkeit

Ein bürgernahes Europa ist auch ein sparsames Europa. Es ist ein Europa, das verantwortungsbewusst mit dem Geld der Steuerzahler umgeht. Die CSU kämpft für die Interessen der bayerischen und deutschen Steuerzahler auch in Europa.

Wir fordern, dem Haushalt der Europäischen Union klare Grenzen zu setzen, und die Grundsätze des sparsamen Haushaltens und die Kontrollen hierüber in der EU zu verschärfen. Gerade angesichts der Wirtschaftskrise darf der EU-Haushalt nicht unbegrenzt ausgedehnt werden.

Wir lehnen eine EU-Steuer ab. Die letzte Entscheidung über die Höhe der Zuflüsse aus den nationalen Haushalten an die EU muss bei den Mitgliedstaaten bleiben. Mehr Abgaben zu Gunsten der Europäischen Union bedeuten langfristig höhere Belastungen für die Bürger in unserem Land.

Wir verlangen mehr Beitragsgerechtigkeit in der EU und lehnen höhere Lasten für Deutschland als EU-Nettozahler ab. Wir werden deshalb in der nächsten Legislaturperiode die dringend notwendige Reform der EU-Finzen vorantreiben. Die Beiträge der Mitgliedstaaten müssen sich an der wirtschaftlichen Leistungskraft orientieren. Wir wollen, dass das Geld, das deutsche Steuerzahler nach Europa überweisen, wieder in stärkerem Maße zu ihnen

zurückkehrt. Die deutschen Steuerzahler dürfen im Vergleich zu denen anderer Länder nicht benachteiligt werden. Insbesondere die Abschaffung des so genannten Briten-Rabatts steht für uns ganz oben auf der Tagesordnung. Durch den Einsatz der CSU profitieren gerade strukturschwache Gebiete in Bayern stark von EU-Regionalfördermitteln. Diese Förderung muss fortgesetzt werden. Wir unterstützen die Gründung einer grenzübergreifenden Euro-region mit Österreich und Tschechien.

6. Für ein Europa mit einem starken ländlichen Raum und einer zukunftsfähigen Landwirtschaft

Der ländliche Raum ist mit Millionen von Arbeitsplätzen ein bedeutender Wirtschaftsstandort. Die Menschen im ländlichen Raum erbringen über die Hälfte der bayerischen Wirtschaftsleistung. Der ländliche Raum bietet Heimat, sozialen Zusammenhalt und hohe Lebensqualität.

Wir setzen uns als verlässlicher Anwalt unserer Landwirte dafür ein, dass sich die EU-Agrarpolitik stärker an den Interessen der bäuerlichen Landwirtschaft ausrichtet. Die EU muss der besonderen Struktur der bayerischen Landwirtschaft Rechnung tragen. Wir wollen unsere Bauern international wettbewerbsfähig machen. Wir treten deshalb entschieden auch für die Landwirte ein, die ihre Produkte für den heimischen Markt produzieren wollen. Rückflüsse aus dem EU-Haushalt für die Gemeinsame Agrarpolitik müssen auch wieder der Landwirtschaft zu Gute kommen.

Wir streben einen Zukunftspakt für die bäuerliche Landwirtschaft an, der den bäuerlichen Familienbetrieben eine langfristige Perspektive bietet. Die CSU wird auch in der nächsten Legislaturperiode des Europäischen Parlamentes für eine preisstabilisierende Milchmengesteuerung eintreten. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Erzeuger stärken und das Markenprodukt „bayerische Milch und Milchprodukte“ und dessen Absatz weiter fördern.

Wir wollen mehr regionale Zuständigkeiten und Entscheidungsmöglichkeiten in der Landwirtschaftspolitik. Es müssen mehr bayerische Hilfsregelungen für unsere bäuerlichen Betriebe auch abweichend von EU-Regelungen möglich sein, ohne dass Brüssel sich hier einmisch. Lebensfremde Entscheidungen Brüssels lehnen wir ab.

Wir wollen überbordende Verwaltungslasten in der Landwirtschaft abbauen. Viele Landwirte leiden unter zunehmenden Kontrollen oder bürokratischen Auflagen. Dies wollen wir ändern. Kontrollen müssen gebündelt werden, und besondere Regeln für die Landwirtschaft ("Cross-Compliance") vereinfacht werden. Unser Ziel ist dabei, mehr regionale Eigenständigkeit zur Entwicklung der bayerischen Landwirtschaft zu erhalten, um unseren bäuerlichen Familienbetrieben eine faire Chance im europäischen Binnenmarkt zu eröffnen.

7. Für ein Europa der Werte

Europa lebt von gemeinsamen Werten. Das europäische Einigungswerk wird nach unserer festen Überzeugung nur dann dauerhaft erfolgreich sein, wenn gemeinsames europäisches Handeln auf gemeinsamen Wertvorstellungen und Überzeugungen in allen Mitgliedstaaten aufbaut. Wir wollen ein Europa, das die Freiheit der Religion, des Christentums und der christlichen Kirchen, aber auch der anderen Religionsgemeinschaften in Europa, achtet und stärkt.

Wir treten für einen Gottesbezug in den vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union ein. Im Bewusstsein unserer Verantwortung vor Gott und dem Menschen fühlt sich die CSU dem christlich-jüdischen Erbe Europas verpflichtet. Dessen Werte sind der Wegweiser der CSU für die Zukunft Europas.

Wir setzen uns für ein europäisches Volksgruppenrecht ein, das ein friedliches Zusammenleben aller Volksgruppen in der EU dauerhaft absichert. Europa muss die Rechte traditioneller Volksgruppen und Minderheiten achten und schützen. Dies schließt ein Vertreibungsverbot mit ein. Wir begrüßen, dass auf Forderung Bayerns das Verbot von Vertreibung ausdrücklich in die Charta der Grundrechte aufgenommen worden ist. Wir bekennen uns klar zum Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin unter maßgeblicher Mitwirkung der deutschen Heimatvertriebenen. Wir werden auch künftig deren berechnigte Anliegen in der EU und im Dialog mit unseren östlichen Nachbarstaaten vertreten. Dazu gehört auch die Unterstützung deutscher Volksgruppen und Minderheiten in ihren Heimatgebieten.

Wir stehen für ein Europa der Familien, in dem mehr Frauen und Männer sich für ein „Ja“ zu Kindern entscheiden und in dem sie dafür beste Bedingungen erhalten. Wir wollen echte Wahlfreiheit für Familien, wie sie ihr Leben gestalten. Wir wollen kein Europa, das Familien vorschreibt, wie sie zu leben haben.

Wir fordern einen höheren Stellenwert für die deutsche Sprache in Europa. Europa lebt aus dem Reichtum seiner Regionen, Völker und Kulturen und aus dem gegenseitigen geistigen und kulturellen Austausch. Deutsche Sprache und bayerische Kultur haben dabei eine ganz besondere Bedeutung als eigenständige ebenso wie als vermittelnde Kraft. Denn Sprache und Kultur geben Heimat. Auch eine verbesserte Teilhabe der Menschen an den Entscheidungen der Europäischen Union ist nur möglich, wenn der praktische Gebrauch der deutschen Sprache auf EU-Ebene verstärkt wird.

Wir verlangen, dass alle Antragsformulare für EU-Fördergelder auf Deutsch verfügbar sind und auch auf Deutsch ausgefüllt werden können. Als meistgesprochene Muttersprache in Europa muss Deutsch gleichberechtigte Arbeitssprache neben Englisch und Französisch sein. Eine umfassendere Nutzung der deutschen Sprache und eine Übersetzung aller EU-Dokumente ins Deutsche von Anfang an ist ein sichtbarer Beitrag für eine verstärkte Bürgernähe der Europäischen Union. Dies gilt vor allem für Förderanträge: Nur wenn diese auch auf Deutsch abrufbar sind, haben unsere Freiberufler, Handwerker und kleine mittelständische Unternehmen die Chance, von Mitteln der Europäischen Union zu profitieren.

Wir bestehen darauf, dass Deutschland als das Land Europas mit den meisten Bürgerinnen und Bürgern, über eine entsprechend starke Vertretung von deutschen Staatsangehörigen in Europas Institutionen verfügt.

8. Für ein Europa mit Respekt vor der Schöpfung

Wir stehen für ein Europa, das sich der Bewahrung der Schöpfung verpflichtet und das auch in Zeiten der wirtschaftlichen Krise seinen umwelt- und Klimaschutzpolitischen Verpflichtungen gerecht wird. Umwelt- und Klimaschutz ist eine grenzüberschreitende Herausforderung und erfordert deswegen auch europäische und – auf deren Grundlage – internationale Lösungen. Europa muss bei der Entwicklung und dem Einsatz umweltschonender Technologien Motor und Vorreiter für die internationale Entwicklung sein. Wir wollen nachfolgenden Generationen eine intakte Umwelt mit gesundem Boden, gesunder Luft, gesunden Nahrungsmitteln und sauberem Wasser übergeben. Durch die europäische Umweltpolitik schaffen wir einheitliche Wettbewerbsbedingungen für unsere Unternehmen in Europa. Das sichert Arbeitsplätze in Bayern und ganz Deutschland.

Wir wollen, dass Bayern als exportstarkes Industrieland einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung des globalen Klimawandels leistet, lehnen aber eine einseitige Belastung eini-

ger weniger EU-Staaten ab. Wir wollen im Automobilbereich Vorreiter für moderne Antriebstechnologien sein und setzen uns für einen integrierten Ansatz aus Energiesparen, dem Ausbau erneuerbarer Energien und dem Einsatz kohlenstoffarmer Energieerzeugung ein. Die Europäische Union muss positive Anreize für eine nachhaltige Umwelt- und Klimapolitik mit gerechter Lastenverteilung setzen, statt unter dem Deckmantel des Klimaschutzes eine Politik zu betreiben, die Arbeitsplätze gefährdet.

Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen in Europa sichern. Wir brauchen dabei Lösungen und politische Ansätze, die auf die Besonderheiten unserer heimatlichen Naturräume angepasst sind. Wir lehnen zu viel Bürokratie aus Brüssel ab, die der natürlichen Vielfalt Europas nicht Rechnung trägt. Die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie sowie die Vogelschutzrichtlinie müssen die Besonderheiten unserer bayerischen Landschaft und Umwelt ausreichend berücksichtigen.

Wir wollen die Entscheidung über den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen selbst treffen. Wir brauchen hier keine Brüsseler Fremdbestimmung. Deshalb wollen wir die entsprechenden europäischen Richtlinien dahingehend verändern, dass wir in Bayern entscheiden können, was auf unserem Boden angebaut wird. Für uns steht fest: Wir wollen keinen kommerziellen Anbau grüner Gentechnik in Bayern.

9. Für ein Europa der Sicherheit und der Freiheit

Bayern steht für innere Sicherheit. Denn Freiheit setzt Sicherheit voraus. Für die CSU hat der Schutz der Bürger oberste Priorität. Mit der Grenzöffnung in Europa darf es nicht weniger Sicherheit geben. Dafür hat die CSU in Bayern die erfolgreiche Schleierfahndung durchgesetzt, die überall in Europa zum Maßstab werden muss.

Wir fordern, dass sich alle EU-Mitgliedstaaten zu strengen Kontrollen an den EU-Außengrenzen verpflichten, die nach gemeinsamen Standards erfolgen müssen, um illegale Einwanderung, Menschenhandel, Schmuggel und grenzüberschreitende Kriminalität zu verhindern. Bayern hat gemeinsam mit seinen östlichen Nachbarn erreicht, dass die Lage in den Grenzgebieten heute sicherer ist als vor der Erweiterung des Schengen-Raums. Um Verbrechen grenzüberschreitend noch besser das Handwerk zu legen, sprechen wir uns für eine verstärkte Koordinierung zwischen den EU-Staaten aus.

Wir wollen gleichzeitig einen umfassenden Datenschutz garantieren. Wir wollen keine unnötigen Datenmengen speichern und kämpfen gegen „den gläsernen Bürger“. Das Gebot der Verhältnismäßigkeit muss stets gewahrt bleiben.

Wir fordern eine enge europäische Kooperation bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Das Ziel von mehr Sicherheit ist und bleibt für uns der Schutz der Freiheit.

Wir setzen uns für eine verstärkte praktische Zusammenarbeit in der EU bei der Asyl- und Einwanderungspolitik ein, bestehen aber darauf, dass die Mitgliedstaaten das letzte Wort haben, wer ins Land darf und wer nicht. Gemäß dem christlichen Menschenbild stehen wir zu unserer Verpflichtung, tatsächlich verfolgten politischen Flüchtlingen eine Heimat zu bieten. Damit der Schutz Europas aber nicht ausgenutzt wird, sind wir für ein schnelles Vorgehen gegen illegale Einwanderer, wie es in der EU-Rückführungsrichtlinie festgelegt wurde.

10. Für ein starkes Europa in der Welt

Nur mit Europa können wir unsere Werte und Interessen in der Welt wirksam vertreten. Zentrale Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wie der Klimawandel, Ressourcenknappheit, Verteilungskonflikte, Migration und international operierender Terrorismus, können nur bewältigt werden, wenn die EU-Mitgliedstaaten gemeinsam handeln. Nur in einer engen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union wird es möglich sein, Frieden, Freiheit und Sicherheit weit über die Grenzen der Europäischen Union hinaus zu sichern. Dafür tritt die CSU mit großem Engagement ein. Europa muss als starker Akteur zur weltweiten Friedenssicherung auftreten und versuchen, in Konflikten zu vermitteln. Dies trifft insbesondere auf Konfliktsituationen in unmittelbarer Nachbarschaft der Europäischen Union zu.

Wir wollen einen offenen und fairen Welthandel mit hohen Schutzstandards. Mit Europa wird es gelingen, diese Standards auch weltweit durchzusetzen. Dies dient dem Schutz von Wachstum, Arbeitsplätzen und Wohlstand in unserem Land.

Wir fordern, dass die EU als stabiler, verlässlicher, aber selbstbewusster europäischer Pfeiler der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft ihre strategischen Interessen in der Welt verantwortungsvoll wahrnimmt. Europa muss für Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in der Welt eintreten. Die gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss in ihren Instrumenten breit angelegt werden und darf sich nicht nur auf

Militärisches konzentrieren. Eine vernetzte Strategie muss darüber hinaus wirtschaftliche, diplomatische, soziale, polizeiliche und entwicklungspolitische Maßnahmen umfassen.

Wir wollen, dass sich die Europäische Union für einen wirksamen weltweiten Schutz des geistigen Eigentums einsetzt. Gerade für einen Hochtechnologiestandort wie Bayern ist es wichtig, dass weltweit effektiv gegen Raubkopien und Produktpiraterie vorgegangen wird – auch in aufstrebenden Wirtschaftsmächten wie China oder Indien. Damit werden europäische Direktinvestitionen geschützt und neue Märkte für europäische Produkte gesichert. Gleichzeitig werden Arbeitsplätze in Deutschland und Europa geschützt.

Wir setzen uns für eine langfristige Energiepolitik in der Europäischen Union ein, die klare Verträge mit den Lieferländern einschließt. Nur mit der EU ist eine sichere Energieversorgung möglich, die plötzliche Preisanstiege verhindert.

Wir wollen, dass neue Energiequellen umfassend und mit dem Ziel eines ausgewogenen Energiemixes erschlossen werden. Dieser muss eine saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung gewährleisten. Die bestehenden bayerischen Kraftwerke sind hierbei ein wichtiger Bestandteil. Ihre vorzeitige Schließung würde die Abhängigkeit von Energieimporten verstärken und zu höheren Energiepreisen führen.

Wir treten dafür ein, dass die notwendigen Energieimporte von möglichst vielen Lieferländern und aus unterschiedlichen Energiequellen bezogen werden. Nur so verringern wir die Abhängigkeit von einzelnen Energielieferanten.

Wir wollen, dass Europa im Bereich der Forschung und Entwicklung gemeinsame Antworten auf die aktuellen Herausforderungen bietet und die Zusammenarbeit und die Mobilität weiter stärkt. Galileo als europäische Antwort auf andere Satellitensysteme ist ein hervorragendes Beispiel dafür, dass man gemeinsam auf europäischer Ebene mehr erreichen kann.

Wir fordern, dass in der Europäischen Union Konsolidierung und Vertiefung vor Erweiterung geht. Nach der Osterweiterung um zwölf neue Mitgliedstaaten und einem Beitritt Kroatiens muss es in Europa eine Phase der Konsolidierung geben. Ein Erweiterungstempo wie in den letzten Jahren lehnen wir ab.

Wir unterstützen eine gezielte Weiterentwicklung des partnerschaftlichen Miteinanders und der Nachbarschaftspolitik mit den an die EU angrenzenden europäischen Nachbarstaa-

ten wie zum Beispiel mit der Ukraine und Weißrussland. Es liegt in unserem eigenen Interesse, neue Möglichkeiten und Formen der Zusammenarbeit und engeren Partnerschaft unterhalb der Vollmitgliedschaft in der EU zu ermöglichen.

Wir wollen ein Europa mit klaren Grenzen und lehnen einen Beitritt der Türkei zur EU ab.

Die EU ist nicht beliebig erweiterbar. Stärke nach außen setzt innere Geschlossenheit voraus. Die EU-Mitgliedstaaten verfügen über gemeinsame kulturelle und historische Wurzeln, die die Türkei nicht teilt. Die Türkei ist jedoch ein wichtiger politischer, geo-strategischer und wirtschaftlicher Partner Deutschlands. Wir bekennen uns deshalb zum Ziel einer privilegierten Partnerschaft mit der Türkei.

CSU - Bayerns eigene Stimme in Europa

Bayern braucht eine eigene Stimme in Europa. Nur die CSU kann in Europa als kraftvoller Anwalt für die Interessen der Menschen in Bayern Verantwortung übernehmen. Denn nur die CSU tritt bei der Europawahl mit einer eigenen bayerischen Liste an. Bei allen anderen Parteien werden vor allem Abgeordnete aus anderen Bundesländern ins Europäische Parlament gewählt. Nur mit den Abgeordneten der CSU sind auch in Zukunft alle Regionen Bayerns gleichermaßen im Europäischen Parlament vertreten.

Deshalb gilt: Nur, wer bei den Europawahlen CSU wählt, wählt bayerisch. Nur, wer bei den Europawahlen CSU wählt, sorgt für eine kraftvolle Vertretung bayerischer Interessen in Europa. Nur, wer bei den Europawahlen CSU wählt, gibt Bayern eine eigene Stimme in Europa.

Für ein starkes Bayern in einem menschlichen Europa mit klaren Grenzen zählt jede Stimme. Gehen Sie deshalb am 7. Juni 2009 zur Wahl und schenken Sie der CSU mit Ihrer Stimme Ihr Vertrauen.